

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Joachim Paul (AfD)

Staatsverträge zwischen DITIB und dem Land Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2012 schloss die Stadt Hamburg mit verschiedenen muslimischen Verbänden, unter anderem der DITIB, Staatsverträge ab. Diese beinhalteten u. a. die Anerkennung religiöser Feiertage in Schule und Arbeitswelt, muslimische Bestattungsriten sowie gemeinsamen Religionsunterricht für evangelische, muslimische und alevitisch-islamische Kinder. Dieser Vertrag sieht auch vor, dass muslimische Schüler künftig anlässlich religiöser Feste einen Rechtsanspruch auf drei schulfreie Tage im Jahr haben und muslimischen Arbeitnehmern Urlaub gewährt werden muss, wenn es betrieblich möglich ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Staatsverträge zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem DITIB-Verband (Rheinland-Pfalz bzw. Bund) wurden in der Vergangenheit rechtsgültig geschlossen und sind in Kraft getreten (bitte aufzählen und Vertragsinhalte schildern)?
2. Mit welchen muslimischen Verbänden hat das Land in der Vergangenheit Staatsverträge abgeschlossen (bitte aufzählen und Vertragsinhalte schildern)?
3. Mit welchen muslimischen Verbänden hat das Land in den letzten fünf Jahren über den Abschluss eines Staatsvertrages verhandelt, ohne dass ein Vertragsabschluss erfolgt ist (bitte aufzählen und Vertragsinhalte schildern)?

Joachim Paul